

*
*
*
*
*
*
*

RÜDIGER MACHETZKI

Besonderheiten der chinesischen Wirtschaftsplanung und der Markt für Elektrotechnik/Elektronik*
*

I. Vorbemerkung

Nach offiziellen chinesischen Angaben wurden bis einschließlich 1985 die "Richtlinien für die Belegung der Wirtschaft im Inland und die Öffnung nach außen" konsequent eingehalten. Das "Bruttosozialprodukt betrug 1624,2 Mrd. Yuan, 16,2% mehr als 1984". Ferner heißt es, daß "das Bruttoinlandprodukt 778 Mrd. Yuan, 12,5% mehr als 1984" ausmachte. (1)

Die beiden einfachen statistischen Angaben sind symptomatisch für Schwierigkeiten, die bei Beurteilungen der Leistungskraft der chinesischen Volkswirtschaft mehr oder minder zwangsläufig auftreten. Zum einen entspricht die als "Bruttosozialprodukt" angegebene Kennziffer nicht der westlichen Definition. Das läßt sich allein schon aus der gewaltigen Differenz zum "Bruttoinlandprodukt" erschließen. Tatsächlich ist die statistische Größe, die als Bruttosozialprodukt gekennzeichnet ist, identisch mit dem "gesellschaftlichen Gesamtprodukt" (DDR Terminologie). Ein entsprechender westlicher Terminus existiert nicht. Zum anderen zeigt die Differenz in den Wachstumsgrößen von 16,4% und 12,5%, daß das Nettowachstum der chinesischen Volkswirtschaft, wie schon in den Jahren zuvor, deutlich hinter dem Bruttowachstum zurückgeblieben ist. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß eines der großen Ziele der Wirtschaftsreform (Übergang vom extensiv geprägten zum intensivem Wachstum) bisher nicht erreicht wurde. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen werden den chinesischen Wirtschaftsprozeß auch während der nächsten Jahre entsprechend beeinflussen.

Die Untersuchung der "tatsächlichen Leistungsfähigkeit" der chinesischen Volkswirtschaft für internationale Vergleichszwecke stößt auf eine Reihe unaufhebbarer Schwierigkeiten. Diese hängen zum einen mit dem staatlich fixierten Wechselkurs (Nichtkonvertierbarkeit) zusammen, zum anderen

mit dem von internationalen Preisstrukturen deutlich abweichenden Preisgefüge der Volksrepublik China. Sehr grob geschätzt scheint ein Yuan-US\$-Vergleichsverhältnis von annähernd 1:1 die faktische Größenordnung der chinesischen Volkswirtschaft relativ sachgemäß widerzuspiegeln. D.h., pro Kopf der Bevölkerung ergäbe sich eine Sozialproduktgröße von rund 600 US\$. Absolut entspräche das chinesische Sozialprodukt in etwa dem der Bundesrepublik Deutschland. Die modernen Wirtschaftssektoren (ohne Landwirtschaft) erreichen in etwa die Größenordnung Großbritanniens.

II. Hemmfaktoren der chinesischen Außenwirtschaft

Wichtiger als die gesamtwirtschaftliche Leistung ist für das Ausland der chinesische Importmarkt. Letzterer erreicht in etwa die Größe der Niederlande. Zwar ist der chinesische Außenhandel durch verhältnismäßig hohes Wachstum gekennzeichnet, so daß der chinesische Importmarkt mittelfristig über die Größenordnung der kleineren und mittleren westeuropäischen Länder hinausreichen wird, aber es besteht dennoch häufig eine Tendenz zur deutlichen Überschätzung der Expansionsmöglichkeiten des chinesischen Einfuhrhandels. Dies gilt sowohl für das Ausland als auch für China selbst. Die Ursachen dieser Tendenz scheinen im wesentlichen psychologischer Natur zu sein. Sie sind eindeutig eine Folgeerscheinung der weit verbreiteten "Reformeuphorie".

Die verhältnismäßig geringe Gesamtgröße des chinesischen Importmarktes (1985 42,3 Mrd. US\$, gegenüber 1984 plus 54,2%) (2) wird dadurch relativiert, daß Einfuhr-tätigkeit bisher auf wenige Branchen konzentriert blieb. Schwerpunktbereiche bilden vor allem Chemieerzeugnisse (Basischemikalien, Farbstoffe, Kunststoffe und -fasern usw.), Pharmazeutika, Metallprodukte (insbesondere Stahl und Zink), elektrotechnische Erzeugnisse (u.a. Pumpen für verschiedene Zwecke, Trockenapparate für industrielle Zwecke; insbesondere Chemie, Holz, Metall), Maschinen für leichtindustrielle Zwecke (insbesondere Nahrungsmittel und Textilindustrie), Fabrikationsanlagen für elektrotechnische Maschinen, Investitionsgüter der Elektrizitätswirtschaft, Schweißgeräte und Schneidmaschinen, navigationstechnische Geräte, Transportausrüstung usw. (3)

Wenn die Konzentration der chinesischen Importpolitik auf die ge-

nannten Investitions- und Produktionsgüter nicht gewahrt wird, dann scheint die außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Chinas überfordert. Einen Hinweis hierfür bieten die Krisensymptome des Jahres 1985, die eindeutig durch unkontrollierte, planwidrige Konsumgüterimporte mitverursacht wurden (Handelsbilanzdefizit über 14 Mrd. US\$). D.h., daß die 1985 erreichte Einfuhrgröße von gut 40 Mrd. US\$ z.Z. deutlich oberhalb der Grenze liegt, die für Chinas Außenwirtschaft mittelfristig tragbar ist.

In diesem Zusammenhang sei auf ein wenig beachtetes Faktum hingewiesen. Um die Deckung des nationalen Importbedarfs durch eine entsprechende Exporttätigkeit zu gewährleisten, d.h. um international wettbewerbsfähig zu bleiben, lagen die chinesischen Exporterlöse aufgrund einer entsprechenden Preisgestaltung im Zeitraum 1981-1984 um rd. 15% unter den Kosten (Schätzung). (4) Das "Mißverhältnis" erschien der Wirtschaftsführung 1985 nicht länger tragbar. Die indirekte "Exportsubventionspolitik" wurde eingestellt. Nicht zuletzt hierin lag die Ursache für das geringe Wachstum der chinesischen Ausfuhren (27,4 Mrd. US\$, gegenüber 1984 nur plus 4,7%).

Es ergibt sich für China also die Notwendigkeit (zumindest in der mittelfristigen Zukunft) zur Einhaltung einer klaren Präferenzordnung in der nationalen Importtätigkeit. Die Einhaltung dieser Präferenzordnung wird, wie die jüngste Vergangenheit beweist, durch eine Tendenz zu periodisch wiederkehrenden Importüberhitzungen (so insbesondere 1980 und 1985) beeinträchtigt. Letztere Tendenz scheint charakteristisch für das gesamte chinesische Wirtschaftsbewußtsein zu sein. Es fällt der Wirtschaftsführung verhältnismäßig leicht, Prioritäten zu setzen, aber es ist für die betroffenen wirtschaftlichen Teilbürokratien des Landes offensichtlich schwer, mit den hieraus resultierenden Posterioritäten zu leben. Diese wiederkehrende Erscheinung ist Ausdruck für mittelfristig nicht aufhebbare Grundschwächen der chinesischen Volkswirtschaft bzw. ihres Ordnungsgefüges.

Aufgrund der bisher beschriebenen Grundmerkmale der chinesischen Volks- und Außenwirtschaft wird die außenwirtschaftliche Situation des Landes für die nächsten Jahre mit großer Wahrscheinlichkeit von folgenden Aspekten bestimmt sein:

1. Die konsumorientierte Entwicklung der chinesischen Importpolitik der Jahre 1984/85

wird stark eingeschränkt.

2. Mittelfristig ist mit einer klaren Prioritätenordnung zu rechnen, in deren Rahmen alle Transaktionen mit langfristigem Charakter zurückgestuft werden.
3. Der Druck zu Kombinationsformen von Vor-Ort- und Importtätigkeit wird deutlich zu nehmen und reine Exporttätigkeit nach China wird erschwert werden.
4. Es wird von chinesischer Seite verstärkter Druck entstehen, bei eigenem Export nach China parallel chinesische Exporte durch verschiedene Maßnahmen zu "fördern" (Kopplungskomponente).
5. China wird im Verlauf der nächsten Jahre verstärkt auf vergünstigte Kreditbedingungen drängen (geschätztes Jahresvolumen mindestens 2 Mrd. US\$).

Zusammenfassend gesagt wird der Chinahandel mit Sicherheit härter (internationale Konkurrenz) und schwerer (chinesische Bedingungen) werden.

III. Charakteristische Zyklen der chinesischen Volkswirtschaft

Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Chinas, insbesondere im Hinblick auf die außenwirtschaftlichen Möglichkeiten und Grenzen, angemessen einordnen zu können, sollen folgende wichtige (kennzeichnende) Aspekte aufgelistet werden. Allgemein kann das volkswirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre als beachtlich bezeichnet werden. Insgesamt ergibt sich eine eindeutig positive Bilanz zu früheren Perioden der Volksrepublik China. Die Probleme, die den Wirtschaftsprozess gegenwärtig beeinträchtigen, sind vorwiegend solche, die sich aus dem Erfolg der letzten Jahre ergeben haben. Sie heben sich ihrer Natur nach deutlich von den Problemen des Mißerfolges der Vergangenheit ab. Eingeschränkt bleibt anzumerken, daß "Hochwachstum" in China nicht ohne weiteres Ausdruck großen Erfolges ist. Auch in China gibt es wichtige Stimmen (so z.B. Chen Yun, eine der "grauen Eminenzen" hinter der heutigen Führung), die nachhaltige Zweifel und Kritik in dieser Richtung ("Wachstumsfetischismus") geäußert haben. Grundlage dieser Kritik ist die Tatsache, daß aufgrund der erheblichen strukturellen Verzerrtheit der chinesischen Volkswirtschaft Hochwachstum zwangsläufig zu Lasten der sogenannten "schwachen Kettenglieder" erfolgt. Die negative Konsequenz ist eine wachsende "Disproportionalität" zwischen den verschiedenen Sektoren und Branchen,

die letztlich zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft wirkt. Aus dieser Sicht sollte China eine Strategie des "passiven Gleichgewichts" verfolgen, also in der Entwicklungsordnung bei den schwachen Branchen ansetzen und das Gesamtwachstum nach deren Möglichkeiten ausrichten. Kennzeichnend für die Grundhaltung der "kritischen Schule" in der Parteiführung ist die Forderung, daß das für den laufenden Fünfjahresplan 1986-90 vorgegebene Volkswirtschaftswachstum von 7% jährlich nur unter der Bedingung akzeptabel sei, daß es sich bei dieser Größenordnung um die absolute Obergrenze handele.⁽⁵⁾ Steigerungen oberhalb dieser Grenze müßten zwangsläufig zu einem negativen Gesamteffekt für die Volkswirtschaft (sogen. Zunahme des "Wassergehaltes" der Wirtschaft) führen.

Andererseits hat die insgesamt positive Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, daß z.Zt. kein ernstzunehmender Grund besteht, hinsichtlich der mittelfristigen Zukunft eine pessimistische Perspektive zu "konstruieren". Die meisten Rahmenbedingungen sprechen gegenwärtig für die Wahrscheinlichkeit eines gemäßigten Wachstums sowohl der Volkswirtschaft insgesamt als auch der Außenwirtschaft. Unter solchen Bedingungen ist die im Westen vielfach erkennbar gewordene "Verunsicherung" während des letzten Jahres nur begrenzt verständlich. Die jüngste Entwicklung war - wenn nicht vom Ausmaß her, so doch in der Tendenz - durchaus vorhersehbar.

Die Möglichkeit einer solchen Vorhersehbarkeit leitet sich aus dem Wirken zweier für China typischer Zyklen bzw. wellenartiger Bewegungsformen der Wirtschaft ab.⁽⁶⁾ Bei dem ersten Zyklus handelt es sich um einen periodischen An- und Abstieg der Investitionsgüterimporte, insbesondere des Imports von Maschinen und Ausrüstungen. Dieser Zyklus spiegelt sich als langfristig stabile Erscheinung in Chinas Importstatistiken wider. Er ist eng mit dem Rhythmus der Fünfjahresplanung verbunden. Die jeweiligen Schlußjahre (insbesondere das letzte Jahr) innerhalb eines Fünfjahresplanes sind ausnahmslos durch nahezu sprunghafte Steigerungen der Investitionsgüterimporte (Schwerpunkt Maschinen und Ausrüstungen) gekennzeichnet. Ebenso regelmäßig erfolgte während der Anfangsjahre des folgenden Fünfjahresplanes ein deutlicher Rücklauf. Zwar stiegen die Importvolumina in absoluter Größenordnung von Fünfjahresplanperiode zu Fünfjahres-

plan-Periode deutlich an, aber der Rückgang der Einfuhren zu Beginn einer Periode gegenüber der Endphase der vorangehenden ist unübersehbar. Graphisch könnte man diese Bewegung in Form einer Reihe von immer höher steigenden, spitzen Gipfeln darstellen. Unter Berücksichtigung dieses langfristigen Importverlaufs ist es nicht verwunderlich, wenn ausgerechnet die beiden Jahre 1980 und 1985 (Schlußjahre von Fünfjahresplänen) Jahre des Importbooms und der Importüberhitzung waren. Es ist ebenfalls nicht verwunderlich, wenn in den Folgejahren 1981 und 1986 die Einfuhren rückläufig waren bzw. sind. Die Fortdauer dieses Zyklus läßt ferner erwarten, daß ein deutlicher Neuanstieg der chinesischen Importtätigkeit nicht vor frühestens 1988/89 erfolgen wird. Darüber hinaus macht das Weiterwirken dieses Zyklus deutlich, daß die chinesische Volkswirtschaft immer noch unter dem kaum eingeschränkten Primat der staatlichen Investitionsplanung steht. Anders gesagt, die viel diskutierte Eigenständigkeit der chinesischen Betriebe beschränkt sich bisher weitgehend auf die Gestaltung des Prozesses der laufenden Produktion im engeren Sinn. Mit Blick auf betriebliche Investitionstätigkeit besteht weiterhin eine substantielle staatlich-planerische Lenkung. Andererseits wäre nicht zu erklären, wieso die (unabhängige) betriebliche Investitionstätigkeit parallel zu den Fünfjahresplänen verlaufen sollte. In der Tat ist auch 1985 nicht einmal ein Zehntel aller Investitionen durch unabhängige Betriebsentscheidungen erfolgt. Gut neun Zehntel unterlagen entweder direkter staatlicher Zuweisungspolitik oder wurden durch kreditpolitische Kontrolltätigkeit "kanalisiert". Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die über die Kreditform erfolgenden Investitionen in China ebenso planabhängig, d.h. überbetrieblich gesteuert sind wie Investitionen per direkter Mittelzuweisung. Investitionskredite chinesischer Art sind also nur Ausdruck eines flexibleren und wirtschaftlicheren Vollzugs überbetrieblicher Investitionsplanung. Sie sind nicht Kredite im westlichen Sinn.

Der zweite für China langfristig charakteristische Zyklus kann als einer der Meßpegel für die Größe des Reformwiderstandes bzw. der Reformunterstützung dienen. Es handelt sich um den Zyklus der wiederkehrenden Zentralisierung - Dezentralisierung. Es scheint dabei interessant, daß chinesische Wirtschaftswissenschaftler gewöhnlich die Phasen der Dezentralisierung mit dem Begriff der Reform gleichsetzen. Diese Gleichsetzung ist

jedoch zu undifferenziert, wie nicht zuletzt die tatsächliche Entwicklung während der letzten 30 Jahre bewiesen hat. So stellt sich einerseits die wenig bedachte Frage, was dezentralisiert wird. Wird nur die laufende Produktion einbezogen, oder erstreckt sich die Dezentralisierung auch auf den Investitions- und Absatzbereich? Andererseits ist es von entscheidender Bedeutung, bis zu welcher Ebene dezentralisiert wird.

Handelt es sich um betriebliche Autonomie (Ebene der Wirtschaftssubjekte), oder bezieht sich die "Abwärtsverlagerung von Entscheidungsrechten" nur auf verschiedene Ebenen der überbetrieblichen Planungshierarchie? Die gegenwärtige Entwicklung (seit 1984) ist erstmals von einer Dezentralisierungspolitik bis auf die Ebene der wirtschaftlichen Subjekte gekennzeichnet. Frühere Dezentralisierungsphasen waren nur Verlagerungen auf untere administrative Ebenen (Regionalprinzip Provinzen, Kreise usw.). Hauptargument zugunsten einer solchen Verlagerung war das Argument der größeren Nähe (größere Problemerkennung) der unteren Planebenen zu den Wirtschaftssubjekten. In der Praxis zeigte es sich jedoch, daß dieser sogenannte Vorteil niemals realisiert werden konnte. Der Grund hierfür resultiert aus der in der Bürokratieforschung bekannten Erscheinung, daß auf allen Ebenen der Bürokratie der gleiche Entscheidungsgeist und -stil vorherrscht. Gleichzeitig jedoch nehmen Sachverstand und Fachkompetenz von Ebene zu Ebene ab. Anders gesagt: Dezentralisierung erzeugte Chaos.(7) Daraus läßt sich der für die gegenwärtige Situation wichtige Schluß ziehen, daß Zentralisierung (genauer Rezentralisierung) nicht zwangsläufig einen Einbruch des Reformkurses signalisiert. Im Gegenteil, die jüngsten Zentralisierungsmaßnahmen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich sind eher Ausdruck des Versuchs, ungewollte und nicht vorhergesehene Fehlentwicklungen der vorangegangenen Dezentralisierungspolitik aufzufangen, um den Reformkurs zu stabilisieren. Dieser Aspekt erscheint insofern von Bedeutung, als er weit verbreiteten Befürchtungen um die zukünftige Entwicklung Chinas entgegensteht, die sich aus der unreflektierten Gleichsetzung von Dezentralisierung und Reform ergeben.

Eine weitere, wenig beachtete Tendenz, die in engem Zusammenhang mit diesem Zyklus steht, ist die Tatsache, daß die machtpolitischen Auseinandersetzungen (entlang der Zentralisierungs-Dezentralisierungslinie) in der Vergangenheit

immer an der zeitlichen Grenze zweier Fünfjahrespläne ihren Höhepunkt erreichten. D.h., entgegen der üblichen Deutung waren die großen machtpolitischen Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas keineswegs von rein ideologisch-politischer Natur. Es soll zwar nicht der Umkehrschluß nahegelegt werden, daß sie im wesentlichen wirtschaftspolitische Konfrontationen darstellten, aber die Entscheidung über die mittelfristige Verteilung wirtschaftlicher Mittel zur Gestaltung der Politik (Auseinandersetzung um die Gestaltung des jeweils folgenden Fünfjahresplanes) führte eindeutig zur Verschärfung der latenten ideologisch-politischen Gegensätze. Die Tatsache, daß das Jahr 1985 (Erstellungsjahr des gegenwärtigen Fünfjahresplanes 1986-90) keine mit der Vergangenheit vergleichbaren machtpolitischen Kontroversen aufwies, zeigt, daß der Widerstand gegen die vorherrschende Reformströmung trotz aller Kritik entweder gering oder z.Z. wenig organisiert ist.

In verkürzter Form läßt sich feststellen, daß die eigentlichen Risiken für den Reformkurs nicht so sehr in der (zwangsläufig) immer noch vorhandenen politisch-ideologischen Gegnerschaft parteiinterner Minderheitenströmungen liegen dürften, sondern in der möglichen Selbstüberschätzung der Reformanhänger hinsichtlich der Möglichkeiten und des Entwicklungstempos, das die Reform zu leisten vermag. Diese zum Teil erkennbare Selbstüberschätzung beinhaltet zum einen die Gefahr einer überhöhten Erwartungshaltung der Bevölkerung. Zum anderen könnten die Risiken unterschätzt werden, die sich aus dem Reformkurs selbst ergeben. Dies gilt insbesondere angesichts des immer noch extrem geringen nationalen Sachverstandes. Hier sei nur in Kürze auf die Tatsache verwiesen, daß China z.Z. nur über 6-7 Mio. sogenannte "Intellektuelle" (definiert als Personen mit Tertiärerziehung) verfügt.(8) Das sind nur 0,6 bis 0,7% der Gesamtbevölkerung. Ferner kann das Land nur auf gut 7 Mio. Fachkräfte (qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Manager und Verwaltungsbeamte) zurückgreifen. Im modernen Bereich der Volkswirtschaft verfügt nur jede zwanzigste Kraft über ein Ausbildungsniveau, das nach westlichen Maßstäben dem des qualifizierten Facharbeiters und einer höheren Qualifikation entspricht. Zumindest während der nächsten Jahre werden Erfolg oder Mißerfolg des Reformkurses also genauso stark von der Frage abhängen, ob China die Reform konsequent durchführen kann (Problem des Sachverstandes)

wie von der Frage, ob es die Reform durchführen will (politisch-ideologische Gegnerschaft).

IV. Besondere Aspekte des chinesischen Importmarktes

Für alle Teilbereiche des chinesischen Importmarktes kann als grobe Regel die Behauptung aufgestellt werden, daß die tatsächlichen Transaktionen wesentlich weniger umfangreich sind als alles das, was gemeinhin in chinesischen Ankündigungen und westlichen Fachmedien prognostiziert wird. Die einschlägigen Marktanalysen beruhen zumeist auf Auswertungen der von den chinesischen Wirtschaftsbürokratien verkündeten mittelfristigen Zielplanung. Ein systematischer Vergleich mit der Vergangenheit zeigt jedoch, daß Planziele und Absichtserklärungen der chinesischen Seite zumeist weit oberhalb des späteren Realisierungsniveaus lagen - eine Tatsache, die erstaunlicherweise immer wieder ignoriert wird.

Die maßgeblichen Gründe für dieses Gefälle zwischen "Anspruch und Wirklichkeit" liegen in der besonderen Natur des politisch-wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses der VR China. In diesem Zusammenhang dürfen insbesondere die Pläne der diversen Wirtschaftsministerien, d.h. der wirtschaftlichen Ressortbürokratien, nicht als verbindliche Zielgrößen mißverstanden werden. In der Tat handelt es sich bei diesen "Plänen" eher um wirtschaftliche "Maximalkataloge", die als (in der Praxis nicht zu realisierende) Ausgangspositionen für die permanenten Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ressortbürokratien um die knappen Mittel aufgebaut werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese (hypothetischen) Absichtserklärungen häufig als Plangrößen in die jeweiligen Fünfjahrespläne aufgenommen werden. Letztere sind hinsichtlich ihrer planerischen Verbindlichkeit eindeutig den Einjahresplänen untergeordnet. Auch der laufende Fünfjahresplan bis 1990 ist, wie es heißt, nur "im Prinzip" verabschiedet worden. Für "Abweichungen" besteht daher noch viel Raum. Die einzelnen Ressortbürokratien warten daher gleichsam auf "ihre Zeit", um in der Jahr für Jahr erfolgenden Abstimmung der Mittelverteilung eine günstigere Position zu erlangen. Ferner darf nicht übersehen werden, daß die zentralstaatlichen Koordinationsgremien (insbesondere die staatliche Planungskommission) in der Praxis weniger Organe übergeordneter Planungshoheit sind als Foren, in denen die Vertreter der Ressortbürokratie in

der Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen rivalisieren.

V.

Markt für Elektrotechnik

Nimmt man den Markt für Elektrotechnik als Beispiel für die Möglichkeiten ausländischer Anbieter und die mittelfristigen Größenordnungen tatsächlicher chinesischer Nachfrage gegenüber dem Ausland, so scheint eine realistische Einschätzung nur unter Berücksichtigung der oben angeführten interessenpolitischen Merkmale des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses sinnvoll oder möglich. D.h., auch der elektrotechnische Markt ist in der Praxis wesentlich enger, als die üblichen Branchenstudien vermuten lassen. Dies gilt trotz der Tatsache, daß die Elektrotechnik für den laufenden Fünfjahresplan 1986-90 zu einem der Vorrangbereiche der nationalen Entwicklung erklärt worden ist. Zwar befinden sich die Vorrangbereiche definitionsgemäß in einer günstigeren Ausgangslage bei der Zuteilung knapper Mittel als Branchen ohne Vorrangstatus, aber trotzdem haftet ihnen so etwas wie ein "gemischter Segen" an. Alle Vorrangbereiche sind nach der Erfahrung der Vergangenheit zugleich Bereiche deutlich erhöhter interessenpolitischer Auseinandersetzungen. Es spielt dabei keine Rolle, ob diese Auseinandersetzungen - wie in der Vergangenheit - in ideologisch-politischen Kategorien oder wie z.Z. in wirtschaftspolitischen Kategorien verlaufen.

1. Elektrizitätswirtschaft

Die Elektrizitätserzeugung stellt seit jeher eines der Hauptprobleme dar. Dementsprechend ist ihr in der mittel- bis langfristigen Entwicklung Priorität eingeräumt worden. Gemeinhin wird konstatiert, daß z.Z. 20-30% der industriewirtschaftlichen Kapazität allein aufgrund des Elektrizitätsmangels ungenutzt bleiben. Das Angebot-Nachfragegefälle beläuft sich nach verschiedenen Angaben auf rd. 40 Mrd. kWh jährlich, also rd. 10% der Jahreserzeugung von ca. 400 Mrd. kWh (ungefähr bundesdeutscher Stand). Die installierte Jahreskapazität beträgt rd. 90.000 MW, was auf eine verhältnismäßig geringe Nutzung von durchschnittlich nur 5.700 Stunden jährlich in Thermo-Kraftwerken (1979/80 5.800 MW) hindeutet. (9)

Die unzureichende Kapazitätsentwicklung in der Elektrizitätserzeugung scheint typisch für alle Sektoren mit relativ langen Investitionszeiträumen, d.h., daß letzten Endes Branchen mit verhältnismäßig kurzen Investitionszeiträumen entgegen aller Planung in der Praxis immer wieder bevor-

zugt werden. So läßt sich auch zum Teil das Auf und Ab beim Ausbau der Elektrizitätswirtschaft erklären. Sowie eine gewisse Entspannung der Engpaßsituation durch zuvor getätigte Investitionen eintritt, ist ein Nachlassen der planmäßig vorgesehenen Bemühungen festzustellen. Das jüngste Beispiel hierfür sind die regenreichen Jahre 1981/83, die zu einer Mehrleistung der Hydro-Kraftwerke und zu einem anschließenden Rückgang der vorgesehenen Investitionen führten. Ähnliches gilt für die Energiesparpolitik. Erfolge in diesem Bereich führen tendenziell ebenfalls zu einem Nachlassen der Neuinvestitionen.

Unter Berücksichtigung dieser Tendenzen sind die Absichtserklärungen des Ministeriums für Wasserressourcen und Elektrizität entsprechend skeptisch zu beurteilen. Nach verschiedenen Erklärungen des MWE ist daran gedacht, bis zum Ende des laufenden Fünfjahresplanes 1990 ausländische Technik im Wert von mindestens 2 Mrd. US\$, evtl. bis zu 10.000 MW zu importieren. Diese Technik soll vor allem in den Küstengebieten installiert werden, weil aufgrund der fortgeschrittenen Entwicklung der dortigen Regionalwirtschaften die Export- und dementsprechend die Zahlungsfähigkeit größer sind. (10) Soweit die ministeriellen Absichtserklärungen! Sieht man sich die mittelfristige Gesamtplanung an, so ist dort eine jährliche Kapazitätserweiterung bis zu 7.000 MW signalisiert. Importe in der Höhe von 10.000 MW würden also einen Anteil von gut 20% der gesamten Neuinstallationen ausmachen. Chinesische Planer gehen davon aus, daß auf eine Investitionseinheit ausländischen Ursprungs vier Folgeeinheiten binnenwirtschaftlicher Herkunft kommen. Im konkreten Fall würde also bei der Verwirklichung von Importen in Höhe von 10.000 MW kein einziges Investitionsprojekt in der chinesischen Elektrizitätswirtschaft ohne ausländischen Beitrag erstellt werden. Diese Tatsache allein zeigt, daß das signalisierte Importvolumen nicht sehr realistisch ist. Die tatsächlichen Importe dürften für den Zeitraum bis 1990 unterhalb der ebenfalls genannten zwei Milliarden-Dollar-Grenze liegen. Dieses potentielle Auftragsvolumen dürfte sich zudem durch eine von chinesischer Seite systematisch geförderte internationale Konkurrenzsituation entsprechend aufsplintern.

Ein zweiter Aspekt, der bei Transaktionen langfristiger Art nicht übersehen werden darf, ist die starke "Politisierung" der Elektrizitätswirtschaftlichen Entwicklung. Genauer gesagt, Entschei-

dungen über die Anteile der Primärenergieträger, Standortauswahl und Anlagengröße sind eindeutig interessenpolitisch geprägt, unabhängig von der formalen Argumentation. Aufgrund des allgemeinen Elektrizitätsmangels rivalisieren alle Regionen und Provinzen Chinas um einen größeren Anteil in der Elektrizitätserzeugung. Sie kämpfen für Standorte innerhalb der eigenen Grenzen mit der Nutzung der entsprechenden Primärenergieart. Dieser Sachverhalt wird im Falle der großen Wirtschaftszentren entlang der Küste besonders sichtbar. Diese Zentren befinden sich in verhältnismäßig großer Entfernung von den Primärenergievorräten. Aus Gründen der Versorgungssicherheit jedoch bevorzugen sie den Ausbau der Elektrizitätserzeugungskapazität im eigenen Kontrollbereich. Aus diesen Gründen befinden sich hier die meisten Befürworter des Ausbaues der Nuklearkapazität. (11) Sie versuchen, ihre Interessen über das zentrale MWE zu realisieren, d.h., sie befürworten die vorrangige Einfuhr der entsprechenden Technik, statt die (erfahrungsgemäß unsichere) Abhängigkeit von Inlandsprovinzen in Kauf zu nehmen. Demgegenüber treten die Inlandsprovinzen nachträglich für eine Vor-Ort-Erzeugung ein. Beispielfhaft ist der nördliche Kohlegürtel (Shanxi, Henan, Shandong), dessen Interessen sich z.Z. offensichtlich durchgesetzt haben. Bis 1990 sollen rund zwei Drittel aller neu hinzugefügten Kapazitäten auf Kohlekraftwerke entfallen. Das Ziel der Kohleprovinzen liegt offensichtlich darin, die eigene Abhängigkeit gegenüber den Küstenregionen im Bereich der verarbeitenden Industrie durch eine umgekehrte Abhängigkeit in der Energieversorgung zumindest teilweise zu neutralisieren. Bis 1983/84 schienen aufgrund der damals günstigen Devisensituation der VR China die Möglichkeiten gegeben, zugleich mit dem Ausbau der kohle-gestützten Elektrizitätserzeugung den Bau von Wasserkraftwerken und Nuklearkraftwerken voranzutreiben. Spätestens 1985 änderte sich jedoch die Situation bekanntermaßen. Als eine gleichzeitige Förderung aller Bereiche nicht mehr möglich war, fiel die vorherige "Koalition" der Wasserkraft- und Nuklearrepräsentanten gegenüber den Kohlerepräsentanten auseinander. Die Wasserkraft vermochte sich als "Inlandsenergieträger" zumindest vorläufig durchzusetzen, die Nuklearenergie wurde entsprechend zurückgestuft. Vergegenwärtigt man sich die Existenz des oben erwähnten Fünfjahreszyklus für den Import von Investitionsgütern, so ist mit einem erneuten (erfolgsversprechenden)

Vorstoß der Nuklearrepräsentanten in China allenfalls 1989/90 zu rechnen.

Ein dritter Aspekt, der für die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft ebenso wie für die meisten anderen Bereiche der chinesischen Wirtschaft gilt, ist der grundlegende "Hang zum Neuen" der chinesischen Wirtschafts- und Planbürokratie. Angesichts der Elektrizitätswirtschaftlichen Gelegenheiten läßt sich durchaus argumentieren, daß es gesamtwirtschaftlich sinnvoller und kostengünstiger wäre, die bestehende Erzeugungs- und Übertragungskapazität zu modernisieren und somit besser zu nutzen als komplette Neuanlagen zu bevorzugen. So wäre für eine gleichmäßige Versorgung eine grundlegende Überholung des Verteilungswesens notwendig, das jetzt aus fünf größeren und einer Reihe kleinerer Inselnetze besteht, die allenfalls mit einzelnen 220 kv-Leitungen (Standard) notdürftig untereinander verbunden sind. Auch innerhalb der Netze sind die Hauptverbindungen unzureichend.

Die Planung sieht bis 1990 den Bau von 30.000 km neuen Leitungen (Hälfte 550 kv, Rest 220 bis 330 kv) vor. Auch im Erzeugungsbereich sind die Probleme der Überalterung und der mangelnden Standardisierung unübersehbar. Vor allem existiert ein großer Zwang zur Standardisierung der Boilertechnik auf 300 MW und 600 MW-Boiler. (12) Ähnliches gilt für Turbinengeneratoren und Zusatzausrüstung. Von chinesischer Seite ist vor allem im Hinblick auf die Boiler-Produktion (Standorte u.a. Harbin, Shanghai) verstärktes Interesse an Kooperationsformen mit dem Ausland signalisiert worden. Auch die Provinz Sichuan hat ein verstärktes Interesse geäußert. Dennoch muß festgestellt werden, daß die Situation z.Z. verhältnismäßig unklar ist und eines nicht unerheblichen Sondierungsaufwandes bedarf.

2. Elektronikindustrie

Auch die Elektronikindustrie ist seit Beginn der achtziger Jahre zu einem der nationalen Vorrangbereiche erklärt worden, d.h. sie ist ebenfalls intensiven interessenpolitischen Abstimmungsprozessen unterworfen.

Im Teilbereich Telekommunikation ist nach Absichtserklärungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen bis 1990 ein Gesamtimportvolumen für Modernisierungsvorhaben von rd. 4 Mrd. US\$ veranschlagt. Diese Größenordnung wird angesichts der oben aufgeführten Rahmenbedingungen mit Sicherheit nicht erreicht werden. Der Entwicklungsstand der Telekommunikations-

branche liegt um ungefähr 15-20 Jahre zurück, d.h. die Modernisierung kann angesichts der begrenzten Mittel Chinas nur in Stufen erfolgen, mittelfristig vor allem in den wenigen Wirtschaftszentren und bei den wichtigen nationalen Fernverbindungen.

Die langfristige Zielsetzung geht von gut 33 Mio. Fernsprechan schlüssen für das Jahr 2000 aus. Z.Z. unterliegen rund 5,1 Mio. Anschlüsse der Kontrolle des MPF. Hinzu kommen bürokratieinterne Fernsprechnetze anderer Behörden. Die Verteilung der Anschlüsse ist stark auf städtische Gebiete konzentriert (z.Z. rund 3,7 Mio). (13)

Ein weiterer Modernisierungsbereich ist die Vermittlungstechnik. Hier sind z.Zt. nur knapp 7% aller Vermittlungen elektronisch bzw. halbelektronisch, nur 15% der Fernleitungen automatisch/ halbautomatisch. 19 von 29 chinesischen Provinzen sind nur per Handvermittlung an das nationale Telefonnetz angekoppelt. (14)

Mittelfristig (bis 1990) ist, wie bereits erwähnt, der Vorrang der Modernisierung auf Küstenstädte und Verbindungen dieser Städte untereinander beschränkt. Das geplante Investitionsvolumen liegt bei ca. 10 Mrd. Yuan, also jährlich 2 Mrd. Yuan. Diese verhältnismäßig geringe Summe steht im eindeutigen Widerspruch zu dem obengenannten Importvolumen von 4 Mrd. US\$. Geplant sind bis 1990 3 Mio. neue Fernsprechan schlüsse sowie die Verlegung von 100.000 Fernleitungen im Raum Beijing/Tianjin sowie im unteren Changjiang-Delta. Neben der Vermittlungstechnik sind vor allem die Bereiche Mikrowellen und optische Fasern nach chinesischen Erklärungen von erhöhtem Interesse, aber auch hier gilt, daß für eine Konkretisierung dieses Interesses erhöhter Klärungsbedarf besteht.

Der Teilbereich Computerindustrie liegt gegenüber fortgeschrittenen Ländern um rund 15 Jahre zurück. Z.Z. produzieren in China rund 80 Fabriken (zumeist in den Zentren Shanghai, Beijing, Tianjin) Mikrobis Großcomputer. Insgesamt waren 1984 ca. 4.000 Computer in 1.500 Einheiten in Gebrauch. Die Bedeutung, die die chinesische Führung diesem Bereich beimißt, läßt sich zum einen daran erkennen, daß Forschung und Entwicklung seit 1978 zu einem der großen acht Zentralbereiche der Forschung erklärt worden sind. Ferner werden z.Z. jährlich rund 10.000 Universitätsabsolventen für diesen Bereich bereitgestellt. (15) Angesichts der Knappheit an qualifiziertem Personal in der Volkswirtschaft insgesamt kann mit großer

Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß hier neue Ungleichgewichte entstehen werden und daß die anderen Ressortbürokratien sich gegen diese einseitige Bevorzugung der Computerbranche zur Wehr setzen werden. Ob also das Ziel, bis 1990 alle Voraussetzungen für eine weitgehend unabhängige Binnenproduktion zu schaffen, erreicht werden kann, ist zumindest fraglich. Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus dem unterschiedlichen militärisch-zivilen Interesse. Während der letzten Jahre hat sich die zuvor nahezu ausschließlich militärisch orientierte Produktion deutlich auf zivilwirtschaftliche Zwecke hin verlagert.

Die Importtätigkeit im Computerbereich ist bisher verhältnismäßig gering (1984 und 1985 ca. 200 Mio. US\$). Die weitere Entwicklung ist praktisch nicht vorhersagbar, da das umfassende Problem der "Informationsfreiheit und -nutzung" (Datenproblematik) der chinesischen Führung z.Z. überhaupt erst bewußt zu werden beginnt. Vereinfacht läßt sich sagen, daß die Problematik in China in umgekehrter Weise zum Westen gesehen wird. D.h. nicht Datenschutz, sondern die Möglichkeit einer von übergeordneter Kontrolle unabhängigen Datensammlung erscheint als politisches Problem. Es ist daher sehr wohl möglich, daß in Zukunft Import und Nutzung unabhängiger Klein- und Personalcomputer stark eingeschränkt werden. Erste Ansätze in dieser Richtung sind bereits sichtbar. Allgemein ist daher kaum zu erwarten, daß das jetzige Importniveau mittelfristig wesentlich steigen wird.

Die Fernsehproduktion hat während der letzten Jahre gewaltige Steigerungsraten aufzuweisen. China hat sich "ins Fernsehen verliebt", d.h. es existiert ein ungeheurer starker Nachfragedruck. Zwar hat die Industrie bisher diesem Nachfragedruck nicht Schritt halten können, aber sie "reift" zusehends. Dennoch ist bis Mitte der 90er Jahre vor allem für Farbgeräte mit einer Unterproduktion zu rechnen. Die Jahresproduktion beträgt z.Z. 15 Mio. Einheiten, davon 4 Mio. Farbgeräte. Der gegenwärtige Bestand beläuft sich auf rund 70 Mio. Geräte. Trotz dieser Unterproduktion geht die chinesische Planung davon aus, mit Beginn der 90er Jahre in den Export eintreten zu können. Zukünftige Transaktionen mit ausländischen Partnern sollen daher mit Vorrang eine Exportkomponente enthalten. (16)

Die Importtätigkeit in diesem Bereich verlief in der Vergangenheit sehr ungleichmäßig. Das Auf und Ab war zum einen durch den starken

Nachfragesog, zum anderen durch die jeweilige Devisenlage bestimmt. Angesichts der allgemeinen Einschränkung für Konsumgüterexporte muß mit einer grundsätzlichen Anti-Importtendenz für die nächsten Jahre gerechnet werden. Ziel ist es, in Zukunft möglichst nur noch Joint-Venture-Kooperationen (10 Jahre Technologieschutz) mit weniger als 30% Importteilen zuzulassen. Die Tendenz ist im wesentlichen restriktiv, da bei Realisierung aller bereits getätigten Kontakte die Jahresproduktion von Farbfernsehgeräten auf rund 10 Mio. steigt.

Hinsichtlich der modernen Übertragungstechnik geht die chinesische Führung zwar langfristig von einer umfassenden Nutzung der Satellitentechnik aus, aber mittelfristig liegen die Planungsschwerpunkte vor allem auf einer Mischform von Mikrowellen/Satelliten-Übertragung. Z.Z. existieren rund 450 Übertragungsstationen und 9.000 Verstärker für Fernsehen, Fernsprechwesen, Telegramme und Faksimile. Die Produktion beschränkt sich bisher praktisch nur auf Analogtechnik. Digitaltechnik wurde bis 1984 vor allem aus Westeuropa importiert. Z.Zt. jedoch ist ein deutlich verstärktes japanisches Engagement erkennbar.

VI. Elemente des bürokratischen Entscheidungsablaufs

Abschließend soll noch einmal auf Aspekte der Entscheidungspolitik im Elektronenbereich aufmerksam gemacht werden. Der gesamte Entscheidungsprozeß ist durch Kompetenzkämpfe und -überschneidungen gekennzeichnet. Selbst bei langjähriger Beobachtung ist häufig unklar, wer genau worüber entscheidet. Es existiert ein Raster von Ebenen und unterschiedlichen Behörden, wobei jede Behörde nach dem Aufbau einer behördenautonomen Infrastruktur für den eigenen Bedarf strebt. Diese Tendenz steht dem Koordinationsbemühen der übergeordneten Entscheidungsträger ständig entgegen. Die tatsächlichen Verwirklichungschancen der übergeordneten Planung sind daher nicht zuverlässig kalkulierbar. Diesem Dilemma sehen sich auch ausländische Anbieter häufig gegenüber. Sie sind oft zu einer Wahl zwischen verschiedenen Organisationen als Partner gezwungen, wobei sie mit dem ständigen Widerstand der übergangenen Behörden rechnen müssen.

Wichtigstes formales Entscheidungsorgan ist das Ministerium für Elektronikindustrie mit (in der Vergangenheit) 170 Schlüsselunternehmen unter direkter Kontrolle. Zusätzlich beansprucht das Mini-

sterium eine Teilkontrolle über alle rund 2.400 Fabrikationsanlagen des Landes. Selbst innerhalb des Ministeriums ist die Kompetenzverteilung unklar. Es existieren zwei Handelsgesellschaften (China National Electronic Devices Corp. für Handel und Produktion von Teilen, China National Electronic Import and Export Corp. für alle Bereiche). Auch die formale Unterteilung der Produktionsbereiche (1. Funk und Fernsehen, 2. Radar und Navigation, 3. Elektrogeräte, 4. Computer) ist in der Praxis weniger geregelt als es formal den Anschein hat. (17) Theoretisch kontrolliert jede Abteilung ihren Produktionsbereich, aber in der Praxis existiert nahezu immer eine Mischung von Kontrollrechten mit anderen Behörden und Ebenen. Mittelfristig ist ein Abbau der Kontrollgewalt des Ministeriums über die Produktion vorgesehen. Statt dessen ist seit 1984 eine Führungsgruppe beim Staatsrat unter Führung Li Pengs eingerichtet worden. Die Arbeit dieser Gruppe ist bisher u.a. durch die Dauerrivalität der beiden Elektronikzentren Beijing und Shanghai nicht unwesentlich beeinträchtigt worden. Es ist davon auszugehen, daß Bemühungen Shanghais, seine Unabhängigkeitspolitik von der Zentrale mit Hilfe ausländischer Partner zu verwirklichen, durch die zentralen Organe und aufgrund des Einflusses des Rivalen Beijing nur selten komplikationslos durchzusetzen sein werden. Die Situation wird mit Sicherheit nicht durchsichtiger werden, wenn - wie geplant - Dalian zu einem dritten Elektronikzentrum ausgebaut wird. Dies gilt trotz der Tatsache, daß die chinesischen Fachbehörden ein erhöhtes Interesse an ausländischer Beteiligung beim Aufbau dieses neuen Zentrums angedeutet haben."

Erfahrungen dieser Art spiegeln sich auch in den Zitaten großer wirtschaftlicher Fachmedien wider. so heißt es z.B. im "Asian Wall Street Journal" vom 16. Juni 1986:

"Politische Unterstützung ist wesentlich für die Errichtung und den Betrieb eines Joint Venture in China ... Das heißt, daß man die Machtspiele in der örtlichen Politik kennen sollte ... Es ist wichtig herauszufinden, wie die Interessenlage chinesischer Manager ist. Ein chinesischer Einkaufsbeamter, der Japanisch spricht, kauft gewöhnlich japanische Ausrüstung ..., um sich bei seinen Vorgesetzten möglichst unentbehrlich zu machen. Falls seine Gesellschaft dazu überginge, deutsche Ausrüstung zu verwenden, würde er sowohl seinen Einfluß als auch seine freien Reisen nach Japan verlieren. Wenn man Eingeweihte gut genug kennt, werden sie einem

einen Tip geben, welcher Einkaufsbeamter pro-japanisch ist und wem man eine Ausbildung in Japan versprochen hat, und sie werden einem zu verstehen geben, die Finger von ihm zu lassen."

Dem schließt sich die "Financial Times" vom 23. Juni 1986 sinngemäß an (Leitmotiv "Je mehr sich die Chinesen wandeln, desto mehr bleiben sie die alten"):

"Als Hu (Hu Yaobang, Generalsekretär der KPCh) sagte, wie das die führenden Leute in Beijing oft tun, daß China in mancher Hinsicht ein feudalistisches Land sei, da meinte er das beinahe wörtlich ... Seit Jahrhunderten werden Aufstieg, Verwaltung und Handel in China auf der Grundlage eines komplexen Geflechts von Familienbänden, alten Freundschaften und des Gebens von Geschenken und Eßgelagen bewerkstelligt ... Westliche Geschäftsleute beginnen zu begreifen, daß dieser Tatbestand viele ihrer Probleme erklärt ... Jetzt, da sich die Zentralplanung nach stalinistischem Typus gelockert hat, haben sich örtliche Organisationen ausgebreitet, alle in Konkurrenz zueinander und in ihrem Status vom Maß des Einflusses bei höheren Stellen abhängig ... Bei allen unseren Verhandlungen in China während der letzten Jahre sind wir uns bewußt gewesen, daß das Tauziehen zwischen der Zentrale, den Provinzen und den Außenhandelsgesellschaften, mit denen wir es zu tun hatten, wichtiger war als der tatsächliche Vertrag."

Fußnoten:

- 1) Kommuniqué über die Ausführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1985, in C.a., März 1986.
- 2) Ebenda.
- 3) Zu einer detaillierten Auflistung siehe: IFO Institut für Wirtschaftsforschung, Handel der Bundesrepublik Deutschland mit der VR China im Jahr 1984, München, Nov. 1985.
- 4) Eigene Schätzung auf der Grundlage von Angaben zur Einkommenslage der chinesischen Betriebe, in: Statistical Yearbook of China 1984.
- 5) Siehe dazu: Erhard Louven. Anmerkungen zum 7. Fünfjahresplan und zu langfristigen Wirtschaftszielen der VR China, in C.a., Nov. 1985.
- 6) Siehe dazu: Tamio Shimakura, Cycles in the Chinese Economy and Their Politico-Economic Implications, in: The Developing Economies, Vol. XX, Nr. 4, 1982, S. 374-389.
- 7) Siehe dazu: Liu Guogang, Problems Concerning the Reformation of China's Economic

- System, in: Seminar on China's Economy in the 1980s, Hongkong, 1981.
- 8) Guangming ribao, 17. Juni 1984, entnommen aus: C.a., Aug. 1984, S. 432.
- 9) Errechnet nach Angaben in: Statistical Yearbook of China 1981, 1985.
- 10) Siehe dazu: David Denny, Electric Power and the Chinese Economy, in: The China Business Review, Juli-Aug. 1985, S. 14-22; Fujiko Kitani, Electric Power in China, in: JETRO China Newsletter, Nr. 56, Mai-Juni 1985, S. 13-17; Seiichi Nakajima, China's Energy Policy under the Seventh Five-Year Plan, in: JETRO China Newsletter, Nr. 59, Nov.-Dec. 1985, S. 17-21.
- 11) Siehe dazu: Matthew J. Matthews, Nuclear Power Shapes Up, in: The China Business Review, Juli-Aug. 1985, S. 23-27.
- 12) Siehe Fußnote 10. 13) Siehe dazu: Miroshi Yoshida, China's Telecommunications Services, in: JETRO China Newsletter, Nr. 61, März-April 1986, S. 8-16.
- 14) Siehe dazu: Molly E. Wyman, Transmission Technology, in: The China Business Review, Sept.-Okt. 1985, S. 21-25.
- 15) Siehe dazu: Takashi Wehara, Computers in China, in: JETRO China Newsletter, Nr. 55 (Teil 1), März-April 1985, S. 19-20, und Nr. 56 (Teil 2), Mai-Juni 1985, S. 18-20; Detlef Rehn, Denis Fred Simon, Innovation in China's Semiconductor Components Industry: The Case of Shanghai, (unveröffentlichtes Papier) 1986.
- 16) Siehe dazu: Masaharu Nishida, Japanese Electrical Appliances - The Tug of China's Billion-Strong Market, in: JETRO China Newsletter, Nr. 54, Jan.-Febr. 1985, S. 11-17 und 23; Molly E. Wyman, The Lure of Television, in: The China Business Review, Sept.-Okt. 1985, S. 14-19.
- 17) Zu einer detaillierten Darstellung siehe: Detlef Rahn, Denis Fred Simon, Understanding the Electronics Industry, in: The China Business Review, März-April 1986, S. 10-17.